

Was heißt Freiheit positiv und progressiv gewendet? Zum ersten: universeller Anspruch der Gleichbehandlung. Geld, Geschlecht, Herkunft, sexuelle Identität, Bekenntnis und Glaubensrichtung, Nation und kulturelle Eigenheiten dürfen keine Rolle spielen, wo es um die individuellen Freiheitschancen und Beteiligungsrechte des Menschen geht. Privilegien und Klientensysteme gehören abgeschafft, Misshandlung und Ausbeutung Abhängiger, ob in der Familie oder in der Arbeitswelt, religiös oder national begründete Freiheits-

beraubung, ökologische Ungleichheit des Ressourcenverbrauchs in entwickelten und unterentwickelten Ländern ist zu überwinden. Das heißt zum zweiten: Es geht ebenso um Rede- und Handlungsfreiheit wie um den existenziellen Schutz vor Gewalt und materieller Not.

Jeder einzelne dieser Punkte verweist auf schneidende Ungerechtigkeiten zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Das Programm eines linken Liberalismus beschreibt also eine andere Welt. Freiheit ist eine linke Utopie.



Oliver Schmolke

ist Leiter der Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion. Bei *vorwärts* buch ist 2013 von ihm der Essay *Zur Freiheit. Ein linksliberales Manifest* erschienen.

Oliver.Schmolke@spdfraktion.de

Christian Kellermann / Benjamin Mikfeld

Stabilitätspatriotismus vs. soziale Gerechtigkeit

Diskurse und Kommunikationsstrategien von Regierung und Opposition im Wahlkampf

Klassische Wahlanalysen unterscheiden nach Kandidat, Themen und Parteibindung als den zentralen Faktoren der Wahlentscheidung. Andere Analysen betrachten die Methoden und Taktiken der Wahlkampfführung – wie den Auftritt in TV-Duellen oder die Nutzung von neuen Kommunikationstechniken. Uns interessiert in diesem Beitrag vor allem die in Wahlanalysen oft unterschätzte Frage, welche politischen Diskurse für die Wahl bestimmend waren. Wie sah das »Meinungsklima« aus und welche Faktoren waren dafür entscheidend? Was war überhaupt machbar, was war sagbar im Wahlkampf? Welche *Frames* wurden bedient und welche Gefühle, Wünsche und Ängste haben sie angesprochen? Warum haben die Bürger eher der amtierenden Bundeskanzlerin als der Opposition vertraut? Dabei gehen wir auf

die üblichen Gegenstände der Wahlanalyse wie zum Beispiel die Kompetenz- und Imagewerte der Parteien und ihrer Spitzenkandidaten nicht im Detail ein. Wir konzentrieren uns auf die wirtschaftliche Lage und deren Wahrnehmung, da diese letztlich wahlentscheidend war, wie die Umfragen und deskriptiven Analysen zeigen.

Eine Besonderheit der deutschen Wahl war das Spannungsverhältnis zwischen relativer ökonomischer Stabilität im eigenen Land und Instabilität in Teilen Europas. Die wirtschaftliche Ausgangslage bestimmte implizit, was im Wahlkampf als »richtige« bzw. »falsche« (oder »gute« bzw. »schlechte«) Politik wahrgenommen wurde. Dabei spielte die Vorgeschichte der globalen Finanzkrise eine wichtige Rolle.

Diese Krise durchlief bekanntermaßen einige Phasen: Am Anfang stand die Sub-

primekrise, später die Bankenkrise, die schließlich auf die Realwirtschaft übergriff, letztlich rückte die krisenbedingte Verschuldung einiger Mitgliedsstaaten der Euro-Zone in den Mittelpunkt. Was – auch im öffentlichen Bewusstsein – als eine Krise des Finanzkapitalismus begann, mündete in eine Krise der »Schuldenstaaten«. Schuld waren plötzlich nicht mehr die Banken, sondern »die Griechen«. Wie kam diese Diskursverschiebung zustande? Eine wichtige Rolle gespielt hat zum einen, dass Deutschland durch eine kluge Politik vor großen Krisenfolgen bewahrt wurde. Zum anderen ist es der politischen Linken – nicht nur in Deutschland – nicht gelungen, die Krise als Ausgangspunkt für einen alternativen ökonomischen Diskurs zu nutzen. Die Konservativen hatten nach einer Phase der Irritation ab 2010 wieder die Diskursführung inne.

Somit war die Basis für die Interpretation der Krise im Wahljahr gelegt: Das Grundproblem der Krisenländer war deren hohe Verschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Das Rezept für Europa war »mehr deutsche Politik wagen« – damit war vor allem Austerität gemeint.

Dieser konservativ-liberale Krisendiskurs setzte sich bis weit in das Wahlkampfjahr 2013 erfolgreich durch. Die Umfragergebnisse für Kanzlerin Merkel waren bis zuletzt auf einem Allzeithoch. Sie war die »Hüterin unseres Geldes« und sorgte für »Stabilität und Ordnung in Europa«. Und je heftiger die Kritik am »deutschen Weg« im Ausland wurde, desto größer war das Ansehen der Kanzlerin im eigenen Land.

Die ökonomische Ausgangslage für den Wahlkampf lässt sich somit in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens: Erfolgreiche Krisenbekämpfung und die Tatsache, dass die deutsche Wirtschaft und die öffentliche Hand aufgrund der Eurokonstruktion per Niedrigstzinsen und -wechselkurs einen glücklichen Lauf hatten, machten Deutschland zum weltweit bestaunten Job- und Wirtschafts-

»Wunder«-land. Die deutsche »soziale Marktwirtschaft« war für die Konservativen das Erfolgsmodell, das man auf dem Höhepunkt der Finanzkrise gegen den deregulierten Kapitalismus »da draußen« bzw. gegen die USA abgrenzte. Später wurden die Schuldenländer in Europa zum Gegenpol des deutschen Modells.

Zweitens: Obgleich dieses »Wunder« äußerst fragil ist, da es von vielen externen Faktoren abhängt, hat sich in Deutschland kein unmittelbares Krisenbewusstsein herausgebildet. Durch die Ungleichzeitigkeit der Krise (keine akute Krise in Deutschland, aber tiefe Krisen in weiten Teilen von Europa und in der Welt) wurde sie zu einem abstrakten »Ding da draußen«, das es möglichst fern zu halten gelte. Allenfalls gab es die Unsicherheit, ob nicht das Geld der Deutschen für die Krise »der Anderen« herangezogen würde. Die Herausforderer der amtierenden Regierung setzten diskursiv an der Kritik am Finanzkapitalismus aus den Krisenjahren an. Allerdings war die Krise im öffentlichen Mainstream erfolgreich als strukturelles Problem entschärft und auf der Ebene der technischen Lösungen verortet worden.

Drittens: Die SPD als größte Partei des linken Lagers hat sich viele politische Maßnahmen als Antwort auf die Krise (Finanztransaktionssteuer, Konjunkturprogramme) erst zögerlich zu eigen gemacht und diese nicht in einem neuen wirtschaftspolitischen Paradigma zu verknüpfen vermocht. Die kurze Blüte keynesianischer Politik in der Hochzeit der Krise war nur noch bedingt als Anknüpfungspunkt für einen progressiven Wahlkampf tauglich. Sie wurde schließlich rein instrumentell benutzt, um der Wirtschaft aus dem tiefsten Loch zu helfen und als »Ausnahmefall« begründet.

Im Wahljahr 2013 war die politische Debatte dementsprechend gekennzeichnet durch zwei unterschiedliche Perspektiven auf die Lage im Land.

Die erste Perspektive rückte die ver-

gleichsweise gute ökonomische Situation in den Mittelpunkt: Die deutsche Volkswirtschaft verstand sich als Wachstumslokomotive in Europa, wenngleich ihr Zuwachs im Jahr 2012 nur 0,7 % betrug. Die Arbeitslosenquote war mit 7 % relativ niedrig. Vor diesem Hintergrund rief sich die Bundesregierung selbst als die »beste seit der Wiedervereinigung« aus.

Die zweite Perspektive richtete sich auf die differenzierte soziale und wirtschaftliche Lage und versuchte vor allem vier Aspekte zu betonen:

Erstens sei die Entwicklung des Arbeitsmarktes weniger positiv: Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor in Europa, zudem ufer der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen immer weiter aus. *Zweitens* öffnete sich die Schere bei privaten Vermögen besonders nach der Finanzkrise immer weiter, während gleichzeitig das staatliche Defizit stark stieg. *Drittens* wurde in Deutschland zu wenig investiert, verglichen mit dem Durchschnitt in der OECD. Und der *vierte* Punkt waren kritische Preisentwicklungen im Bereich der Grundversorgung (vor allem bei Mieten und Strompreisen).

Die relativ gute ökonomische Entwicklung der Jahre vor der Wahl führte zu einer veränderten Problemsicht in der Bevölkerung. Im Verlaufe des gesamten vergangenen Jahrzehnts wurde die Arbeitslosigkeit in Umfragen als zentrales Problem angesehen. Doch seit 2011 trat das Thema »Euro-/Schuldenkrise« hinzu und wurde zeitweise zum wichtigsten Problem. Dementsprechend standen bei Umfragen über die »Sorgen der Deutschen« die persönlichen materiellen Aspekte im Vordergrund. Diese diffusen Sorgen gingen Ende 2010 mit dem Wendepunkt in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage einher. Der Anteil der Bürger, die die Lage als »gut« bewerteten, war seitdem höher als der Anteil, der sie als »schlecht« einschätzte.

Die unterschiedlichen Perspektiven markierten im Wesentlichen auch die

Grenze zwischen den politischen Lagern im Bundestagswahlkampf. Während das regierende konservative Lager mehrheitlich ein »Weiter so« propagierte, setzte das progressive Lager auf einen politischen Kurswechsel. Verfolgt wurden von den Lagern daher auch verschiedene Diskursstrategien.

Stabilität und Sicherheit vs. soziale Gerechtigkeit

Das regierende konservative Lager setzte auf eine Diskursstrategie, deren Kern das zentrale Versprechen eines »Stabilität-durch-Weiter-so« war. Implizit konnten vor allem CDU und CSU darauf aufbauen, dass sie im Bewusstsein vieler Bürger als die »natürlichen Regierungsparteien« gelten und ihnen zudem traditionell die ökonomische Kompetenz zugeschrieben wird. Der Verweis auf die relativ gute wirtschaftliche Lage und den »deutschen Weg« der Krisenbewältigung war daher immer auch eine Warnung, dass ein politischer Regierungswechsel nur zum Schlechten führen würde. CDU-Generalsekretär Herman Gröhe stellte die konservative Strategie sogar explizit in eine historische Traditionslinie: »Adenauer hat einen großartigen Wahlerfolg eingefahren mit der Warnung ›keine Experimente‹. Das wäre ein exzellentes Plakat auch heute noch.« Die konservative Diskursstrategie bestand aus drei Elementen:

Das wichtigste Element war die Personalisierung des Stabilitätsversprechens durch die amtierende Bundeskanzlerin Merkel, der bis weit hinein in die Wählerschaft des progressiven Lagers Glaubwürdigkeit und Kompetenz zugesprochen wurde. Ihre vom politischen Gegner kritisierte Richtungslosigkeit (Selbstzuschreibung: »Mal bin ich liberal, mal bin ich konservativ, mal bin ich christlich-sozial«) wurde von den Bürger nicht als beliebig, sondern eher positiv als ideologiefreundlich und pragmatisch interpretiert. Mit ihrer als freundlich und unaufgeregt empfundenen Art war sie zugleich ein Gegenentwurf

zum Politikertypus des (in der Regel männlichen) Alpha-Tiers.

Das zweite Element war die Bündelung der wirtschaftlichen Erfolgsbotschaften in einer »Wir-Erzählung«: Wir Deutschen haben gemeinsam durch Reformen und eigene Anstrengungen die Grundlagen für die gute ökonomische Lage geschaffen. Ein »Wir« ist umso wirksamer als emotionale Botschaft, wenn es auch »die anderen« gibt. »Die«, das waren die europäischen Schuldenländer, vor denen man das Geld der Deutschen schützen musste. Der von den Konservativen propagierte Stabilitätspatriotismus setzte auf Wohlgefühl und Stolz nach innen und Abgrenzung nach außen. Deutschland übernahm hier die Rolle des Lehr- und Zuchtmeisters in der Europäischen Union.

Element Nummer drei bestand darin, das Gerechtigkeitsversprechen der Linken durch eine Doppelstrategie ins Leere laufen zu lassen. Zum einen wurden einige politische Forderungen mit hoher Zustimmung in der Bevölkerung aufgegriffen (z.B. gesetzliche Mindestlöhne, Mietpreisbegrenzungen), zum Teil auch umgesetzt und somit zumindest teilweise neutralisiert. Zum anderen wurden die steuerpolitischen Forderungen der Opposition als akute Gefährdung des ökonomischen Erfolgs und noch dazu als ungerecht bzw. unnötig dargestellt. »Rekordsteuereinnahmen« würden Steuererhöhungen überflüssig machen und nur zu einer weiteren Verzerrung der Einkommen und Verschlechterung der Einkommen Vieler führen. Im Fokus stand »die Mittelschicht«, deren Furcht vor Mehrbelastung dadurch verstärkt wurde.

Das progressive bzw. linke Lager setzte sich im Wesentlichen aus der SPD, den Grünen und der Partei DIE LINKE zusammen. Die gemeinsame Botschaft dieses Lagers lautete, dass das Land ein Gerechtigkeitsproblem hat, das nicht nur sozialpolitisch nicht hinzunehmen, sondern auch wirtschaftlich kontraproduktiv ist. Das zentrale Versprechen lautete in etwa:

»mehr nachhaltiger Wohlstand durch soziale Gerechtigkeit«. Verbunden waren damit eine ganze Reihe Forderungen unter anderem nach einem flächendeckenden Mindestlohn, Gleichstellung von Frauen und Männern, Steuererhöhungen für Spitzenverdiener und Vermögende, einer Solidarrente für Geringverdiener und einer Begrenzung von Mieten und Energiepreisen – bei gleichzeitiger Fortsetzung der Wende hin zu erneuerbaren Energien.

Auch hier baute die Diskursstrategie auf drei Elementen auf: *Erstens* wurde die relativ gute ökonomische Lage zwar nicht bestritten. Aber sie wurde ausdrücklich nicht als Erfolg der amtierenden Bundesregierung interpretiert, sondern teils als Ausdruck einer innovativen Wirtschaft, teils als Konsequenz früherer politischer Maßnahmen unter Beteiligung der SPD und zum Teil auch der Grünen (Agenda 2010, Konjunkturpakete der Großen Koalition). Vor allem jedoch wurde auf die sozialen Missstände (vor allem auf dem Arbeitsmarkt) im Land verwiesen. Es galt, dem Bild der Konservativen eine differenziertere Sicht der Dinge entgegenzusetzen. *Zweitens* wurde die geforderte (Steuer-) Politik nicht nur als sozial geboten angesehen, sondern auch als ökonomisch vernünftig. Gesprochen wurde von einer »Ökonomie der Gerechtigkeit«. Vor allem die unzureichenden Investitionen der öffentlichen Hand in den Feldern Bildung, Betreuung und Infrastruktur dienten als Beleg dafür, dass die Finanzausstattung des Staates unzureichend sei. *Drittens* wurde der Versuch unternommen, die amtierende Bundesregierung als zu zögerlich und handlungsunfähig (zum Beispiel im Management der Energiewende) und die Kanzlerin als richtungslos darzustellen.

Zwar zeigt der Blick auf die Umfragen aus dem Wahljahr, dass es für einige Themen der progressiven Parteien durchaus Mehrheiten gab. Für einzelne Instrumente wie den Mindestlohn gab es stabile Zustimmungsraten von 70 bis 80 %. Doch

diese Zustimmung reichte als mobilisierender Faktor nicht aus.

Doch dem progressiven Lager ist es nicht gelungen, die Anforderungen der eigenen Wählerschaft nach

Fehlende Diskursallianz ökonomischer Stabilität, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, ökologischer

Nachhaltigkeit und besseren öffentlichen Dienstleistungen zu bündeln. Links der Mitte gab es viele Diskurse, die jedoch nicht zu einer Diskursallianz verknüpft wurden.

Es fehlte eine Sprache für Kritik am Status Quo und zur Begründung der eigenen Projekte. Eine Sprache, die in der Lage gewesen wäre, dem konservativen »Weiter so« eine bessere Idee von Gegenwart und Zukunft entgegenzusetzen. Ein Grund dafür ist, dass im progressiven Lager die Ebenen der Diskurse nicht optimal aufeinander abgestimmt waren. Die eigene Diskursführung war fokussiert auf die Auseinandersetzung in Sach- und Fachfragen und weniger auf Fragen, die die Vision einer besseren Gesellschaft skizziert hätten. Das große Ganze wurde nicht ausreichend erkennbar.

Das konservative Lager hat diese Ebenen vergleichsweise gut miteinander in Einklang gebracht: Die Diskursführung auf der Policy-Ebene fand nur punktuell statt, vor allem wurden hier Forderungen des politischen Gegners abgelehnt. Dafür lag deutlich mehr Gewicht auf der grundsätzlicheren Ebene: »Keine Experimente! Weiter so! Es geht uns gut!«, gestützt durch die narrative Ebene, auf der die aktuelle Lage immer wieder in einen politisch-historischen Kontext gestellt wurde. Das konservative Lager konnte aus dem Krisenverlauf der letzten Jahre eine eigene stimmige Erzählung machen, das progressive Lager nicht.

Den Herausforderern fehlte am Ende ein Leitbild für einen politischen Kurswechsel, eine politische Konzeption, die in der Lage war, die vielen Einzelforderungen

intellektuell und kommunikativ zu bündeln. Erschwert wurde die Diskursführung des progressiven Lagers zudem durch die Medienlandschaft. So gab es kaum Massenmedien, die eine progressive Diskursführung unterstützte. Auf der anderen Seite gab es bei konservativen Leitmedien eine deutliche Bereitschaft zur unterstützten Diskursführung.

Allerdings gab es auch Probleme bei Einzelthemen. Bei dem für die Bürger bedrohlichen und somit wichtigen Thema »Zukunft des Euro« gab es keine unterscheidbaren Angebote. Es wurde sogar bewusst ausgespart, denn SPD und Grüne hatten die wesentlichen Rettungsmaßnahmen der Regierung im Bundestag mitgetragen. Sie konnten insofern die Kanzlerin kaum auf diesem wichtigen Kompetenzfeld angreifen. Es gab keinen alternativen progressiven europapolitischen Diskurs über (zudem umstrittene oder technische) Einzelmaßnahmen der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik hinaus. Es gab in der Europapolitik eine kaum herausgeforderte Dominanz eines konservativen »Stabilitätspatriotismus«, dem sich die politische Linke geschlagen gab. Im Wahljahr waren die Versäumnisse und das »Mitmachen« der Vorwahljahre in diesem Feld nicht mehr zu korrigieren oder gar aufzuholen.

Zudem war die Vermittlung der geplanten Steuererhöhungen kompliziert. Während das konservative Lager Ängste schürte und schlicht darauf verwies, dass die aktuellen Steuereinnahmen so hoch wie noch nie zuvor seien, musste das Oppositionslager die Begründung auf drei Ebenen führen. Es musste *erstens* erklären, dass 90 bzw. 95 % der Bevölkerung nicht von Erhöhungen betroffen sind. *Zweitens* musste begründet werden, dass Steuererhöhungen auch im gesellschaftlichen Interesse sind. *Drittens* sollten einige Maßnahmen (wie das Abschmelzen des Ehegattensplittings oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer) auch eine gesellschaftspolitisch steuernde Wirkung haben.

Eine Wechselstimmung, das mehrheitliche Bedürfnis nach einer ganz anderen Regierung (und anderen Politik) gab es im Wahljahr zu keiner Zeit. Zwar wurde die Arbeit der FDP in der Regierung nicht sonderlich positiv bewertet. Doch CDU und CSU zeigten sich als wahre Volksparteien. In allen Bevölkerungsgruppen (differenziert nach Alter, Bildung, Geschlecht und Beruf) mit Ausnahme der Arbeitslosen war die Union bei Umfragen und in der Wahl die stärkste Partei.

Natürlich haben auch bei der Bundestagswahl 2013 »klassische« Faktoren wie Kompetenzwerte von Personen und Parteien eine wichtige Rolle gespielt. Doch wollen wir als ergänzenden Erklärungsansatz darauf hinweisen, dass die Frage, was für die Wähler als »richtig« erscheint, eine diskursive Vorgeschichte hat. Gerade wenn immer weniger Wähler fest an eine Partei gebunden sind, spielt diese Diskurslage eine zunehmend größere Rolle.

Ein zentrales polarisierendes und die Wähler zugleich mobilisierendes Thema hat es im Wahlkampf nicht gegeben. Hierfür ist auch die niedrige Wahlbeteiligung von 71,5 % ein Indiz. In der veröffentlichten Meinung und im Empfinden großer Teile der Bevölkerung war die Lage des Landes gut, und das »Weiter so« des Regierungslagers stieß insofern auf Resonanz. Die konservative Diskursstrategie ist ernsthaften Auseinandersetzungen um konkrete Themen ausgewichen und hat eher die steuerpolitischen Forderungen der Gegenseite defensiv zum Thema gemacht. Dem konservativen Lager ist es gelungen, ab 2010 wieder die Diskurshegemonie über die wirtschaftliche Krise zu erlangen und diese als »äußere Gefahr« durch »Schuldenländer« zu deuten. Die Person Angela Merkel galt als Garant für ökonomische Stabili-

tät, bei ihrem Herausforderer von der SPD wusste man nicht so genau wofür er stand. Das Scheitern des Finanzkapitalismus wurde seitens der SPD und auch der Grünen zu sehr »technisch« mit Einzelforderungen zur Bankenregulierung beantwortet. Die Forderung nach Steuererhöhungen hat keine mobilisierende Wirkung gehabt. So sehr die Forderung nach einem Mindestlohn auch auf Zustimmung stieß, war sie keine Antwort auf die Sorgen und Anliegen der Arbeitnehmermitte. Es gab in Folge der großen Krise keine Strategie für einen mehrheitsfähigen konzeptionellen ökonomischen Kurswechsel wie in den Krisen der 30er Jahre, als sich der Keynesianismus in unterschiedlichen Varianten etablierte, und der 70er Jahre, als die wirtschaftsliberale Wende eingeleitet wurde.

Zwar wurde der Wirtschaftsliberalismus entzaubert. Das heißt aber noch lange nicht, dass die Konsequenz eine progressive Sicht der Dinge ist. Zum einen konnten die Konservativen die gute alte deutsche Stabilitätsgeschichte erzählen: harte Währung, ökonomischer Erfolg. Dies verbanden sie mit einem Bezug auf die soziale Marktwirtschaft, als deren Erfinder sich die CDU selbst betrachtet. Zum anderen sind als gesellschaftliches Hintergrundprogramm wirtschaftsliberale Dispositive aktiv, die nur in einem langfristigen und strategischen Prozess verändert werden können. Vor diesem Hintergrund verblieben die Programme des Progressiven eher im Kleingedruckten und waren nicht als glaubwürdige Alternative vermittelbar.

(Der Artikel ist eine stark gekürzte Fassung eines Beitrages für das Buch »Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen«, das im Februar 2014 im Campus Verlag erscheint, herausgegeben vom Denkwerk Demokratie.)



Christian Kellermann

ist Politikonom und Mitarbeiter beim SPD-Partei Vorstand in Berlin.

christian.kellermann@spd.de



Benjamin Mikfeld

ist Diplom-Sozialwissenschaftler und Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie.

info@benjamin-mikfeld.de